

Wir kommen zu Drucksache 18/2237. Antragstellerin ist die Fraktion der AfD. Wer stimmt diesem Änderungsantrag zu? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2237 abgelehnt**.

Wir sind bei der Abstimmung über die Drucksache 18/2238, Antragstellerin AfD. Wer stimmt diesem Antrag zu? – Das sind die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist der **Änderungsantrag Drucksache 18/2238 abgelehnt**.

Wir stimmen ab über das Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2023 – also über das Haushaltsgesetz 2023. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 18/2121, den Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung) in der Fassung nach der zweiten Lesung in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Wir kommen damit zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen und nicht über den Gesetzentwurf selbst. Wer stimmt der Beschlussempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksachen 18/1200 und 18/1500 (Ergänzung) in dritter Lesung in der geänderten Fassung angenommen und verabschiedet**.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Wir stimmen nunmehr ab über den Entschließungsantrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/2242. Wer stimmt dem Entschließungsantrag zu? – Das ist die Fraktion der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD, der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Damit ist der **Entschließungsantrag Drucksache 18/2242 abgelehnt**.

Wir stimmen jetzt ab über die Vorlage 18/617: Einwilligung des Landtags gemäß § 31 Abs. 2 Haushaltsgesetz 2023 in Ausgaben zur Bewältigung der Krisensituation in Folge des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine und in die Aufnahme von Krediten. Wer stimmt für die Vorlage 18/617? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von SPD, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer enthält sich? – Das ist niemand. Damit

ist die **Einwilligung des Landtags in die Vorlage 18/617 erfolgt**.

Letzte Abstimmung. Wir stimmen ab über den Antrag der Fraktionen von SPD und FDP Drucksache 18/2239. Wer stimmt dem Antrag zu? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und CDU. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Damit ist der **Antrag Drucksache 18/2239 abgelehnt**.

Das waren die Abstimmungen.

(Beifall von der CDU, den GRÜNEN und Nadja Lüders [SPD])

Zur Ergänzung: Es gab eine Erklärung der FDP-Fraktion zum Tagesordnungspunkt. Diese Erklärung wird dem Protokoll beigelegt.

Ich rufe auf:

2 Viertes Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2140

erste Lesung

In Verbindung mit:

Für Versorgungssicherheit, niedrige Strompreise, mehr Klimaschutz und Akzeptanz – Bessere Rahmenbedingungen für Windenergie in Nordrhein-Westfalen setzen

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 18/2141

Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Abgeordneten Schrumpf das Wort für die CDU-Fraktion.

Fabian Schrumpf (CDU): Vielen Dank. – Sehr geehrter Herr Präsident! Allen Unkenrufen der Opposition zum Trotz: Heute gehen wir gemeinsam einen großen Schritt in Richtung „mehr Windenergie für Nordrhein-Westfalen“.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere schwarz-grüne Zukunftskoalition hat den beschleunigten Ausbau der Windenergie als eines ihrer zentralen Ziele definiert. Ja, wir wollen, dass durch Ermöglichungsplanung bis 2027 min-

destens 1.000 neue Windenergieanlagen in unserem Land entstehen, denn dieser beschleunigte Ausbau ist essenziell für die Erreichung unserer Klimaschutzziele. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandortes, stärkt unsere Energiesouveränität und Versorgungssicherheit. Kurzum: Er liegt also in unserem urreigensten strategischen und wirtschaftlichen Interesse.

(Beifall von der CDU)

Unsere ambitionierten Ziele werden wir allerdings nur dann zügig erreichen, wenn wir die Akzeptanz der Bürgerinnen und Bürger für den Ausbau erhalten und möglichst weiter steigern. Mit unserem umfangreichen Windenergieausbaupaket tun wir nun genau das: Wir beschleunigen den Ausbau einerseits und erhalten und steigern die Akzeptanz andererseits.

Mit unserem Gesetzentwurf ändern wir das Ausführungsgesetz des Landes zum Baugesetzbuch des Bundes. Dadurch schaffen wir den landesrechtlichen Mindestabstand von 1.000 m für Fälle des sogenannten Repowerings, also der Modernisierung und Leistungssteigerung bestehender Anlagen, ab. Zudem setzen wir Vorgaben des Wind-an-Land-Gesetzes des Bundes um.

Diese Beschleunigungsschritte betten wir mit unserem Antrag in eine Vielzahl weiterer Maßnahmen ein, die allesamt darauf gerichtet sind, Beschleunigung und Akzeptanz als zwei Seiten einer Medaille miteinander zu denken und zu verbinden.

So werden wir mit einheitlichen Leitfäden für regionale Beteiligungen für eine frühzeitige Transparenz und Klarheit für die Menschen vor Ort sorgen. Im Landesentwicklungsplan setzen wir auf eine gerechte und faire Verteilung zwischen allen Planungsregionen unseres Landes. Wir stellen sicher, dass unsere Kommunen, die über keine wirksame Flächennutzungsplanung verfügen, die Wahl der Standorte für die Errichtung neuer Anlagen gleichwohl bis zur wirksamen Festsetzung von Windenergieausbaubereichen selbst steuern können.

Wir wollen den Bau von Windenergieanlagen in Industriegebieten sowie entlang von Verkehrswegen vereinfachen und starten eine entsprechende Bundesratsinitiative zur Änderung der Baunutzungsverordnung des Bundes. Damit nehmen wir auch die urbanen Räume unseres Landes stärker für die Erreichung unserer Ausbauziele in die Pflicht.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

– Es ist klar, dass da Applaus kommt, wenn jemand aus dem urbanen Raum spricht.

Wir ermöglichen die Errichtung von Windenergieanlagen auf forstlichen Kalamitätsflächen und Nadelwaldflächen. Wir werden zudem eine Vergabeoffensive für Windenergieanlagen auf landeseigenen Flächen starten, die vor allem lokale Initiativen aus

unseren Kommunen berücksichtigt. Beim Bund werden wir uns dafür einsetzen, dass bundeseigene Flächen in Nordrhein-Westfalen schneller für Windenergieprojekte zur Verfügung stehen.

Schließlich werden wir sämtliche Spielräume des Natur- und Artenschutzes nutzen und uns auf Bundes- und EU-Ebene weiter dafür einsetzen, diese noch zu vergrößern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden kurzfristig die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Bürgerinnen und Bürger an der Wertschöpfung von Windenergieanlagen beteiligt werden. Bis Ende 2023 wird in unserem Land ein entsprechendes Gesetz gelten.

Zudem soll gemeinsam mit der NRW.BANK ein Bürgerenergiefonds aufgelegt werden, der gezielt Windprojekte von Bürgerinnen und Bürgern bei der Projektentwicklung durch Risikokapital unterstützt. So können noch mehr Menschen ihre eigene Energiewende und Klimaschutzprojekte umsetzen.

An die Kolleginnen und Kollegen der SPD gerichtet: Es gibt ja die Weisheit, dass breite Mehrheiten über Regierung und Opposition hinweg immer einen Mehrwert bringen. Das gilt gerade in Fragen, bei denen es um Akzeptanz geht. Wir haben heute Morgen gehört, Sie wollen den Ausbau so schnell wie möglich vorantreiben. Deshalb gehe ich davon aus, dass Sie dann auch unserer Gesetzesinitiative und unserem Antrag, der eben auf beides setzt – schnellen Ausbau mit Akzeptanz zu verbinden –, zustimmen werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunftscoalition von CDU und Grünen setzt heute die richtigen Rahmenbedingungen für mehr Windenergie in Nordrhein-Westfalen, für einen forcierten Ausbau der Windenergie, für mehr Klimaschutz, für mehr Akzeptanz bei unseren Bürgerinnen und Bürgern und für eine langfristige Versorgungssicherheit in unserem Land. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Herrn Loose vor. Sie haben die Möglichkeit, darauf vom Rednerpult oder von Ihrem Sitzplatz aus einzugehen. Bitte schön, Herr Abgeordneter Loose, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsident. – Lieber Herr Schrumpf, Sie haben selbst in Ihrer Rede nicht einmal das Wort „Preisgünstigkeit“ angesprochen. Aber in Ihrem Antrag schreiben Sie davon, es geht um niedrigere Strompreise, und darum, dass der Börsenstrompreis durch Windindustrie sinkt.

Schauen wir uns einfach mal an, wie das im Vergleich mit anderen Ländern aussieht. Vergleichen wir

zum Beispiel Polen mit Deutschland. Polen hat wenig Windindustrie, Deutschland hat viel Windindustrie. Polen hat viele Kohlekraftwerke, Deutschland schaltet die ab.

Wind und Sonne kosten nichts. Brennstoff, ob Gas oder Kohle, kostet überall das Gleiche. Wenn wir uns nur die Preise in diesem Monat anschauen, dann haben wir in Polen einen Durchschnittspreis von 21 Cent und in Deutschland von 36 Cent. Der niedrigste Preis lag in Polen bei 11 Cent und in Deutschland bei 11,5 Cent. Der höchste Preis lag in Polen bei 29 Cent und in Deutschland bei 66 Cent. Das heißt, die Preise waren in Polen im Schnitt 58 % billiger.

Sie sagen jetzt, nein, wir brauchen Windindustrie, um das Ganze billiger zu machen. Dabei zeigt Polen gerade, dass es genau andersherum geht. Mit günstiger Steinkohle kann man den Markt deutlich günstiger bewirtschaften, als wenn Sie es mit Ihrer Windindustrie versuchen würden. – Vielen Dank.

(Vereinzelt Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Bevor ich Ihnen, Herr Kollege, das Wort erteile: Herr Abgeordneter Loose, die Sitzungsleitung hat gerade Frau Präsidentin – zur Klarheit.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN – Christian Loose [AfD]: Entschuldigung, das habe ich dann ...)

Fabian Schrupf (CDU): Liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es kurz machen. Wissen Sie, Herr Loose, Intelligenz ist ja die Fähigkeit, sich dem Wandel anzupassen. Diese Fähigkeit ist bekanntlich bei Ihnen und der AfD nicht sehr stark ausgeprägt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun der Kollege Michael Röls das Wort.

Michael Röls¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen der demokratischen Fraktionen! Wir befinden uns mitten in einem, ich würde fast sagen, Erneuerbaren-Endspurt für dieses Jahr 2022.

Diese Woche hat das MHKBD einen Erlass zur Ermöglichung von Photovoltaikanlagen und Wärmepumpen für deutlich mehr Wohngebäude als bislang veröffentlicht. Mona Neubaur hat einen Auslegungserlass zum Landesentwicklungsplan mit einer Vielzahl von Entfesselungsmaßnahmen für die erneuerbaren Energien noch für dieses Jahr angekündigt. Heute legen wir als schwarz-grüne Koalition unser

wegweisendes Windenergie-Weihnachtspaket vor. Mit diesem Paket setzen wir auf Entfesselung und Akzeptanzsteigerung und machen uns so auf den Weg für 1.000 neue Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen in den nächsten fünf Jahren.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Im Koalitionsvertrag haben wir uns auf eine schrittweise Abschaffung der pauschalen Mindestabstände von 1.000 m verständigt. Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf gehen wir nun den ersten und den zweiten Schritt auf einen Schlag.

Ich möchte in meiner Rede besonders auf die Frage des Repowerings eingehen. Wir machen den Weg dafür frei, dass Windenergieanlagen an meist breit akzeptierten bestehenden Standorten durch Anlagen ersetzt werden können, die deutlich leistungsfähiger, aber auch deutlich leiser sind. So verbindet das Repowering den Ausbau der grünen Stromproduktion mit der Stärkung der Akzeptanz.

Noch etwas Weiteres ist hier relevant: Das Repowering bringt deutlich kürzere Genehmigungsverfahren mit sich, als sie bei der Entwicklung neuer Windparks noch zu durchlaufen sind.

Mit diesem Gesetzentwurf ermöglichen wir somit kurzfristig die Realisierung vieler zusätzlicher sinnvoller Repoweringmaßnahmen in Nordrhein-Westfalen. Das sind wirklich gute Nachrichten für die Energiewende hier in diesem Land.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

In unserem Antrag unterstreichen wir einen zweiten Aspekt des Ausbaus der Windenergie. Denn damit wir das nötige Tempo beim Ausbau der Windenergie erreichen, gilt es die sehr hohe Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung zu erhalten und weiter auszubauen.

Mit einem Bürgerenergiegesetz wollen wir deswegen im nächsten Jahr dafür sorgen, dass die kommunale Gemeinschaft, die örtliche Gemeinschaft auch finanziell von ihren Beiträgen vor Ort für eine gelingende Energiewende profitieren wird. Mit einem Bürgerenergiefonds bei der NRW.BANK wollen wir die Menschen in unserem Bundesland zusätzlich befähigen, vor Ort zu Akteuren einer dezentralen Energiewende zu werden, die unser Klima schützt und Versorgungssicherheit schafft.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Akzeptanz und Beteiligung sind wichtig, bauen aber von alleine noch keine 1.000 Windenergieanlagen.

Im Zukunftsvertrag haben wir Grüne mit der CDU vereinbart, forstliche Kalamitätsflächen, wie sie durch Stürme, Dürre und den Borkenkäfer entstanden sind, für Windenergieanlagen freizugeben. Angesichts der Notwendigkeiten der Klimakrise und

auch der Energiekrise gehen wir in unserem Antrag noch einen Schritt weiter und beauftragen die Landesregierung, auch Nadelwaldflächen für die Windenergie zu öffnen. Wind im Wald ist ein wichtiger Teil der Antwort, geeignete Flächen für 1.000 neue Windenergieanlagen in den nächsten fünf Jahren bereitzustellen und dabei eben auch noch eine räumliche Steuerung und gerechte Verteilung vornehmen zu können.

Industriegebiete, Anlagen entlang von Autobahnen und die Nadelwaldflächen: Wir erweitern die Flächenkulisse, damit der Ausbau der Windenergie neuen Schwung erhält.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Mit diesem Paket gehen wir wichtige Schritte für den beschleunigten Ausbau der Windenergie. Es ist ein guter Auftakt.

Ich möchte ausdrücklich auch die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion einladen, im weiteren Verlauf Teil dieses Auftakts zu sein. Sie haben ja bereits in der letzten Plenarwoche unterstrichen, dass auch Sie Partnerinnen und Partner dabei sein wollen, Windenergie in unserem Land möglich und zum Erfolgsprojekt in Nordrhein-Westfalen zu machen und diesen Ausbau funktionieren zu lassen. Deswegen möchte ich Ihnen da ausdrücklich die Hand reichen, um in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dieses Projekt gelingen zu lassen. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Kollege Röls, auch bei Ihnen liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Herrn Loose vor. Natürlich können Sie darauf auch von Ihrem Sitzplatz aus eingehen. – Herr Abgeordneter Loose, Sie haben das Wort.

Christian Loose (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Herr Röls, immer wieder hört man von Dingen wie Überschussstrom, Netzverstopfung durch Atomstrom. Zuletzt sprach Ihr Vorsitzender Herr Omid Nouripour von der Atomstromverstopfung. Der wird das bestimmt wissen, immerhin hat er es geschafft, gleich zweimal in Deutschland ein Studium erfolgreich abzubrechen. Aber nun gut, vielleicht weiß es ja die Frau Neubaur, haben wir uns gedacht, und haben sie als grüne Wirtschaftsministerin gefragt. Die Antwort war: Die Landesregierung konnte kein einziges Beispiel für eine Verstopfung der Netze bringen.

Nun gut, Atomstromverstopfung ist schon mal Fehlanzeige. Aber vielleicht weiß ja die Landesregierung ein bisschen mehr über Überschussstrom. Das fragten wir den ehemaligen FDP-Minister. Der sagte damals auch: Überschussstrom kennt er nicht. Er konnte nicht nennen, wie viel es davon gibt. Wie viele Stunden, wie häufig das auftritt, wusste er nicht.

Sie aber, Herr Röls, haben auf Seite 4 Ihres Antrags jetzt den Überschussstrom gefunden. Vielleicht können Sie uns jetzt heute und hier sagen: Wie viel Überschussstrom gab es beispielsweise in diesem Jahr in NRW, für den ganz dringend Elektrolyseanlagen, wie Sie sie hier fordern, gebraucht werden? – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Sie können darauf reagieren, Herr Röls.

Michael Röls* (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, vielen Dank. – Zur Verstopfung ist wirklich schon alles gesagt worden, und Sie von der AfD sind kein Teil, der hier zu einer Lösung beiträgt. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Für die Fraktion der SPD hat nun der Kollege André Stinka das Wort.

André Stinka* (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Doch noch ein Geschenk unterm Weihnachtsbaum. Am 24. treffe ich meine Enkelkinder, und die werden fragen: Meine Güte, was macht eigentlich Opa so im Landtag? – Darauf werde ich antworten: Wir haben vor zehn Tagen einen Gesetzentwurf zum Thema Windkraftausbau eingebracht, und keine zehn Tage später reagiert die Landesregierung. Das ist ein Erfolg der SPD-Opposition.

(Beifall von der SPD)

Man mag es kaum glauben, wie hier versucht wird, zwei Minuten vor Toresschluss noch einen Gesetzentwurf vorzulegen und uns dies als das große Paket, das uns hilft, zu verkaufen. – Ich meine, die Erkenntnisse, die wir heute Morgen hier gehört haben, hatte man schon im September, hatte man im November, hatte man im Dezember. Und heute wird das hier als der große weite Wurf verkauft. Der ist es nicht. Wir mussten ein halbes Jahr warten, bis Schwarz-Grün zur Einsicht gekommen ist, dass man den Ausbau der Erneuerbaren doch mal dringend beschleunigen müsste.

Was steckt denn jetzt eigentlich hinter dem Geschenk, das wir hier heute vorgesetzt bekommen?

(Dr. Ralf Nolten [CDU]: Der Koalitionsvertrag!)

Ganz ehrlich: nichts Halbes und nichts Ganzes. Herr Dr. Nolten, wenn Sie „Koalitionsvertrag“ sagen, will ich das Publikum nur mal daran erinnern: Der Koalitionsvertrag ist im Sommer abgeschlossen worden. Sechs Monate Schweigen, nichts.

(Beifall von der SPD)

Dann Ankündigungen, Ankündigungen. Und heute, zwei Minuten vor Zwölf, wird ein Gesetzentwurf vorgelegt. Vorhin ist noch einmal deutlich geworden, Herr Schrumpf hat es auch gesagt: Es ist Ihr ureigenstes Interesse, das Sie sechs Monate haben liegen lassen. Wenn das Ihr ureigenstes Interesse ist, dann möchte ich gar nicht sehen, was andere Interessen sind, Herr Nolten.

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Aha!)

Nun, wir müssen sehen, dass dieses Gesetz nichts Halbes und nichts Ganzes ist. Diese Krisen, die alle hier anführen, machen deutlich, wie wichtig die Versorgungssicherheit und die Energieversorgung unseres Landes ist. Der Ministerpräsident hat vorhin von einem Tornado in Lippstadt gesprochen. Mit diesem Gesetz gibt er den Menschen einen Strohhalm, dagegen anzuarbeiten. Das ist Politik: viel heiße Luft, keine Hilfen für die Menschen, keine Hilfen fürs Land.

(Beifall von der SPD)

Dann erklären Sie in Ihrer Rede hier groß, Herr Röls – ich finde es ja richtig, dass die Bürger beteiligt werden –, dass Sie 2023 auf uns zukommen und ein Gesetz zur Bürgerbeteiligung vorlegen werden. 2023! 2023 sind Sie anderthalb Jahre im Amt – keine Windkraftanlage ist mehr gebaut worden, und dann sollen die Leute sich beteiligen. Das ist zu spät.

(Dr. Patricia Peill [CDU]: Was?)

Das ist zu langsam, deswegen ist Ihnen die Unterstützung sicher gewiss, aber wir werden uns doch nicht abspesen lassen mit so langen Ankündigungen.

(Zuruf von Dr. Patricia Peill [CDU])

– Sie haben es in Ihrem eigenen Antrag geschrieben: 2023. Das ist noch lange hin.

(Zurufe von Dr. Patricia Peill [CDU] und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Das Schnecken tempo, das wir aus dem Wirtschaftsausschuss kennen, wird sich fortsetzen.

(Zurufe – Lachen von der CDU und den GRÜNEN)

Von daher hätten wir uns da mehr Engagement gewünscht. Sie hätten heute hier schon sagen können, was die Leitfäden dieser Bürgerbeteiligung sind. Unter welchen Bedingungen soll das passieren? Sagen Sie nicht, es ist Ihnen jetzt erst eingefallen. Gute Bürgerbeteiligungsprojekte gibt es bereits, und die hätten Sie mit dem Gesetzentwurf heute zumindest einmal in die Fraktionsberatung eingeben können. Aber leider: nix. Also warten wir wieder ab, was kommt. Sie sind in diesem Bereich nicht in den Quark gekommen und feiern das hier als großen Abschluss.

Wir sehen, wie die Landesregierung – wie beim Haushalt – hier groß ankündigt. Wenn Sie sich Ihren

Antrag durchlesen, dann finden wir: Prüfauftrag, Prüfauftrag, Prüfauftrag. Aber Herr Nolten hat das richtige Stichwort gegeben: Der Koalitionsvertrag ist schon ein Prüfauftrag. – Wir sind zu Ende mit Prüfen.

(Zurufe von Dr. Ralf Nolten [CDU])

Sie können nicht auf der einen Seite pathetisch davon reden, wir müssten etwas fürs Klima tun, wir müssten dringend die Enkel schützen, und auf der anderen Seite werden Monate und Monate mit neuen Regelungen verplempert.

Das Schönste am heutigen Tag ist für mich, dass der Ministerpräsident den LNG-Terminal und seine Eröffnung lobt. Es ist schön, dass Bundeskanzler Olaf Scholz den LNG-Terminal eröffnet hat. Wir wissen alle, wie kurz die Zeit war, den zu bauen. – Wo ist denn Ihr Projekt? Wo ist Ihr LNG-Terminal in NRW? – Nichts, gar nichts.

(Beifall von der SPD)

In dieser Zeit baut man einen LNG-Terminal, und Sie reden hier von Kalamitätsflächen, die wir anderthalb Jahre kennen, die jeder kennt, und jetzt wird auch noch der Nadelwald hier herausgestellt. – Meine Güte, wir gehen in den Nadelwald. Wie lange wissen wir, dass der Nadelwald bedroht ist? – Das ist kein Fortschritt, das ist Trippelschritt, und es geht viel zu langsam.

Deswegen: Wir sind gerne dabei, wenn es um Beschleunigung geht. Wir sind gerne dabei, wenn es organisiert werden muss. Aber unter Sofortmaßnahmen, die auch gerade die Grünen einfordern, verstehen wir anderes. Denn „sofort“ heißt nicht, dass es brennt, und man holt den Löschwagen in sechs Monaten. Das ist zu spät. Von daher bin ich gespannt, wie die Debatte im Ausschuss läuft. Letztendlich konkret zu handeln, da haben Sie uns an Ihrer Seite. Aber Worte sind wirklich genug gewechselt.

Ich bin stolz, dass ich meinen Enkeln sagen kann, dass es so wirkt. Aber ich will für genau diese Enkel zügig etwas tun, und da sind Sie in der Pflicht. Sie regieren hier – wenn Sie das nicht vergessen haben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Herr Kollege Stinka. – Für die Fraktion der FDP hat nun Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir brauchen heute nach der Debatte zum Gesetzentwurf der SPD von vor zwei Wochen, der die grundsätzliche Abschaffung der 1.000-m-Anwohnerschutzabstände zum Gegenstand hatte, über den Gesetzentwurf, den heute CDU und Grüne

vorgelegt haben, nicht abschließend zu entscheiden. Denn wir haben uns im Grundsatz darauf verständigt, dass wir zu den beiden Gesetzentwürfen eine Anhörung mit Sachverständigen im weiteren Beratungsverfahren durchführen wollen.

Ich habe vor zwei Wochen bereits gesagt, dass es das gemeinsame Anliegen ist, dass wir die stärkere Nutzung der erneuerbaren Energien gemeinsam wollen. Dazu ist es natürlich notwendig, dass wir zügig ausbauen und die gesellschaftliche Akzeptanz für diesen Ausbau erhalten bzw. schaffen wollen.

Deswegen will ich an dieser Stelle nur einige Hinweise oder Fragen geben. Wir haben ganz großartige Ankündigungen gehört: Windenergie-Weihnachtspaket – da wollen wir einmal schauen.

Wenn es zutreffen sollte, dass zum Beispiel mit dem jetzt im Gesetzentwurf vorgelegten erweiterten Repowering-Möglichkeiten in der Summe 80 alte Anlagen profitieren würden, dann ist das sicherlich kein großer Wurf. Und ein wegweisendes Energiepaket, wie es der Fraktionsvorsitzende der CDU heute Morgen angekündigt hat – ich war ganz interessiert –, ist das sicherlich auch nicht.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Windenergieanlagen haben oftmals besondere Akzeptanzprobleme – das wissen wir doch. Wenn wir in den Bonner Raum oder in den Soester Bereich gucken, dann ist das etwas, was Menschen nicht nur toll finden. Wenn das direkt in ihrer Nachbarschaft besteht, dann finden sie das auch in besonderer Weise nicht toll. Auch die Tierschützer, die Naturschützer haben erhebliche Vorbehalte.

Deswegen ist es wichtig, dass wir, um etwaigen Akzeptanzproblemen in der Bevölkerung zuvorzukommen, dort die Maßnahmen verstärken.

Es ist gerade schon vom Kollegen Stinka angesprochen worden: Wenn Sie jetzt auf die Idee kommen, den Bürgerinnen und Bürgern wirtschaftliche Beteiligungen an diesen Anlagen in Aussicht zu stellen, dann fragt man sich doch allen Ernstes: Wenn das so ein intensives Anliegen Ihrer gemeinsamen Koalition ist, was haben Sie denn in den letzten Monaten dazu unternommen? Wieso ist der Artenschutzleitfaden immer noch nicht angepasst? – Das sind doch alles Sachen, die schon längst hätten erledigt sein können.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Ich bin überzeugt, dass es wenig hilft und auch wenig beschleunigt, immer nur an diesen Schutzabständen herumzudoktern. Ich verrate auch kein Geheimnis, dass wir in der Beibehaltung des Schutzabstands von 1.000 m im Grundsatz einen wichtigen Beitrag zur Akzeptanz sehen. Die Potenzialstudie „Windenergie“ vom LANUV hat aufgezeigt: Auch mit

diesen Schutzabständen von 1.000 m sind die durch den Bund vorgesehenen Flächenziele in Nordrhein-Westfalen erreichbar.

Allerdings brauchen wir – das ist auch schon mehrfach gesagt worden, aber dafür gibt es bislang noch nicht eine einzige konkrete Maßnahme – beschleunigte Planungs- und Genehmigungsverfahren. In diesem Bereich ist von der Landesregierung aber nichts vorgelegt worden. Bei den Behörden fehlen immer noch die personellen und organisatorischen Kapazitäten zum Hochlaufen von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Dann sollten für die Genehmigung von Windkraftanlagen die Bezirksregierungen zuständig werden. Dazu habe ich auch noch nichts gesehen.

Warum richten wir dort nicht die Stabsstellen für eine Planungs- und Genehmigungsbeschleunigung ein, sodass die laufenden Verfahren begleitet und optimiert werden können und auch die kommunalen Behörden Unterstützung haben? Warum gibt es keinen Expertenpool von externen Projektmanagern, die die Planungs- und Genehmigungsbehörden unterstützen?

Zum Thema „Kalamitätsflächen“ –

(Das Ende der Redezeit wird signalisiert.)

das ist die letzte Anmerkung – ist schon vieles gesagt worden.

Ich komme zum Schluss. Außer der Repowering-Maßnahme enthält Ihr Weihnachtspaket nur Prüfaufträge. Ihr vorgelegter Antrag macht mehr als deutlich: Das ist kein Weihnachtsgeschenk, sondern allenfalls ein selbstgebastelter Gutschein. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die Fraktion der AfD hat nun der Abgeordnete Herr Loose das Wort.

Christian Loose (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Stellen Sie sich vor, Sie produzieren ein Auto völlig ohne Sicherheitsmaßnahmen – keine Airbags, keine Kopfstützen, keine Sicherheitsgurte, keine Knautschzone –, also ein Nullsicherheitsauto. Ein solches Nullsicherheitsauto können Sie viel günstiger bauen als vollwertige konventionelle Autos.

Damit es nun mit Ihren Nullsicherheitsautos zu keinen tödlichen Unfällen kommt, erklärt die Regierung, dass alle Nullsicherheitsautos immer Vorrang haben. Alle anderen müssen für die Sicherheit sorgen und dafür bezahlen. Alle konventionellen Autos müssen für diese Nullsicherheitsautos bremsen. Ampeln werden so geschaltet, dass sie bei Nullsicherheitsautos

auf Grün und bei allen anderen Autos auf Rot schalten.

Ein solches Szenario klingt sicher ein wenig absurd. Genauso funktioniert es aber mit der Windindustrie. Die Windindustrie hat immer Vorrang und kümmert sich null um Sicherheit. Die anderen müssen bremsen. Für die Windindustrie ist die Ampel immer grün, für Kohlekraftwerke, für Gaskraftwerke und für Kernkraftwerke ist die Ampel rot.

Damit es im System nicht kracht, braucht es teure Sicherungssysteme: Sicherheitsgurte, Airbags. Weil es jedoch nahezu keine Speicher gibt, müssen die andere Kraftwerke als Back-up ständig in Bereitschaft stehen. Die Back-up-Kraftwerke in Deutschland sind insbesondere Gaskraftwerke, die besonders teuer sind.

Das sieht man gerade jetzt im Winter, wenn Ihre Windindustrieanlagen kaum liefern. Sie haben etwa 35.000 Windindustrieanlagen mit 63 Gigawatt an Leistung. Geliefert haben Sie in diesem Monat im Durchschnitt 8,7 Gigawatt statt 63 Gigawatt an Leistung. Am letzten Freitagnachmittag haben Ihre Windindustrieanlagen deutschlandweit nur 1,3 Gigawatt an Leistung erzeugt. Wenn wir keine Kohle-, Gas- und Kernkraftwerke gehabt hätten, dann hätten wir letzten Freitag bereits einen Blackout gehabt. Das sind die wahren Kosten Ihrer Windindustrie, die Sie immer wieder verschweigen, meine Damen und Herren!

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Damit der Blackout verhindert wird, braucht es einen Airbag. Es braucht einen Sicherheitsgurt für die Netze – bezahlt durch unsere Bürger. Dieser Sicherheitsgurt für die Netze wird jedoch Dank des Zufallsstroms aus Windindustrie- und Photovoltaikanlagen jedes Jahr teurer.

2011 kostete der Sicherheitsgurt noch 90 Millionen Euro – 90 Millionen Euro für das Engpassmanagement, für das sogenannte Redispatch der Netzbetreiber.

In diesem Jahr kostete der Sicherheitsgurt nicht 90 Millionen Euro, sondern er kostete bereits jetzt 3,7 Milliarden Euro, wobei der Dezember und der November noch nicht einmal abgerechnet sind. Das ist 40-mal so viel wie vor Ihrer Energiewende. Das sind die Kosten Ihrer Energiewende, und das muss endlich aufhören, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Die Kosten für diesen Sicherheitsgurt tragen unsere Bürger. Das zahlen die Krankenschwester, der Polizist oder auch der Arbeiter am Fließband.

Deutschland hat von allen Industrienationen auf der ganzen Welt die höchsten Strompreise. CDU-Wähler

würden jetzt sicher glauben, dass eine CDU-geführte Regierung Marktwirtschaft kann, dass sich eine CDU um den Rechtsstaat kümmert, dass sich eine CDU um Eigentumsrechte kümmert. Das ist aber nicht so. Die CDU macht weiter mit der Verschwendung. Es wird noch teurer. Marktwirtschaft mit der CDU: vorbei.

Die CDU nimmt den Menschen jetzt die Klagemöglichkeiten. Ich zitiere aus dem Gesetzentwurf der CDU: „Die Vermeidung langwieriger Klageverfahren kann den Ausbau zusätzlich beschleunigen.“ Rechtsstaat mit der CDU: vorbei.

Die CDU lässt die Windradmonster wenige Hundert Meter an Ihr Haus herankommen; für alle Ersatzanlagen fallen sämtliche Abstandsregeln. Vielleicht steht im Moment nur ein paar Hundert Meter von Ihnen entfernt ein kleines altes Windrad, 50, 60 m hoch. Dahin kommt jetzt ein Monsterwindrad von über 200 m Höhe. Das ist höher als der Kölner Dom. Mit der CDU wird Ihr Haus wertlos. Eigentum mit der CDU: auch vorbei.

Diese CDU hat alle ihre konservativen Werte verraten. Diese CDU ist überflüssig, meine Damen und Herren.

(Beifall von der AfD und von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Jetzt kommen wir zu den Grünen. Grüne Politik hieß vor 30 Jahren Umweltschutz. Doch das ist vorbei. Jetzt werden Windindustrieanlagen in Wäldern und in Naturschutzgebieten gebaut. Das Beste kommt aber noch: Für die zerstörte Natur gibt es keinen Ersatz, keine Ausgleichsflächen. Die Betreiber müssen lediglich ein bisschen Geld bezahlen, abdrücken – Geld, das sie übrigens vom Staat über Subventionen bekommen. Umweltschutz mit den Grünen: vorbei.

Nicht mit uns! Wir kämpfen für unsere Bürger, für unsere Heimat, für Freiheit, Wohlstand und Vernunft. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD und Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Nun hat der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex das Wort.

Dr. Christian Blex (fraktionslos): Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Über 30.000 Windkraftanlagen zerstören mittlerweile die deutsche Kulturlandschaft.

(Alexander Vogt [SPD]: Ah!)

Diese haben eine installierte Leistung von 65,5 Gigawatt. Alle diese Vogelschredder haben im August dieses Jahres im Minimum lächerliche 0,7 Gigawatt, im September 0,66 Gigawatt und in den windreichen Monaten Oktober und November 1,8 bzw. 1,7 Giga-

watt an elektrischer Leistung erbracht. Das sind zwischen 1 und 2,7 % der installierten Gesamtleistung.

Flutterstrom durch Windkraft ist nicht regelbar und nicht grundlastfähig. Da das viele von Ihnen aufgrund mangelnder technisch-physikalischer Grundkenntnisse nicht wissen: Elektrischer Strom ist eine Form des Leistungstransports. Kleine Abweichungen zwischen Einspeisung und Nutzung führen zwingend zum Blackout.

Man kann – ganz wichtig auch für die grüne Fraktion – elektrischen Strom weder durch Kobolde noch im Netz speichern. Als einzige Speichermöglichkeit haben wir seit über 100 Jahren die alte Technik der Pumpspeicher. Unser Land braucht allerdings bedarfsgerecht eine elektrische Leistung zwischen ca. 50 und 80 Gigawatt. Wir können gerade ganze 7 Gigawatt an Leistung für lächerliche ca. sechs Stunden durch Speicher bereitstellen. Das wird sich auch in Zukunft nicht ändern.

Flutterstrom durch Windkraft kann und wird unser Land nie zuverlässig mit elektrischer Energie versorgen, dafür gefährdet er massiv die Netzstabilität. Um einen Blackout zu verhindern, waren 2008 ganze zehn Redispatch-Maßnahmen notwendig. 2012 waren es 998, 2016 waren es 3.957, 2020 waren es 6.794 und 2021 schließlich 8.634.

Ihre bewusste Zerstörung der konventionellen, kostengünstigen und grundlastfähigen Stromerzeugung führt uns zielgerichtet in den Blackout. Flutterstrom aus Windkraft ist mehr als doppelt so teuer wie die grundlastfähige Stromerzeugung durch Kernkraft, Kohle, Gas und Wasserkraft. Sein Zweck ist deshalb auch nicht die Stromerzeugung, sondern Geld in die Taschen Ihrer Ökoprotektoren zu spülen.

Allein Ihre Wege ist nicht nur die Stromversorgung in Deutschland massiv gefährdet, für die – Zitat Wall Street Journal von 2019 – „dümmste Energiepolitik der Welt“ müssen wir auch noch die höchsten Strompreise weltweit bezahlen.

Jetzt, nach alledem, wollen Sie noch mehr Windkraft. Meine Damen und Herren, von Herrn Brecht stammt das treffende Zitat:

„Wer die Wahrheit nicht weiß, der ist bloß ein Dummkopf. Aber wer sie weiß und sie eine Lüge nennt, der ist ein Verbrecher.“

Ja, Sie alle kennen nun die Wahrheit.

(Beifall von der AfD – Tim Achtermeyer [GRÜNE]: Das sagt der Richtige!)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Herr Abgeordneter Dr. Blex, ich möchte darauf hinweisen, dass die richtige Anrede „Frau Präsidentin“ ist, und bitte Sie darum, das zukünftig so zu berücksichtigen.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Für die Landesregierung hat nun Frau Ministerin Scharrenbach das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die Landesregierung wird sich heute schwesterlich die Redezeit teilen. Insofern spricht nach mir Kollegin Neubaur.

(Beifall von den GRÜNEN – Zuruf von Dr. Christian Blex [fraktionslos])

Ich nutze gern die Gelegenheit, zu einem Teil dieses Wind-Weihnachtspakets reden zu dürfen, nämlich zum Gesetzentwurf zur Änderung des BauGB-AG. Es gilt das, was wir in der letzten Sitzung schon anlässlich des Antrags der SPD gesagt haben: „WWW – Wir wollen Windenergie“, und daran ändert sich auch nichts.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Stinka, eigentlich ist das, was in den letzten sechs Monaten passiert ist, ganz einfach. Denn – das haben wir Ihnen schon auf Ihren Antrag hin gesagt – es reicht eben nicht, wie Sie es vorhaben, mal eben das gesamte Gesetz zu ändern und ganze Paragraphen rauszuwerfen, sondern Sie müssen das, was auf der Bundesebene geändert worden ist, klug in das Landesrecht überführen. Das macht die Gesetzesinitiative der regierungstragenden Fraktionen von CDU und Grünen. Das ist nicht einfach nur ein Abschaffen, wie Sie es wollen, sondern das wird ordnungsgemäß in das vorhandene Gesetz eingepasst und auf die Bundesgesetze abgestimmt.

Vielleicht haben Sie die letzten sechs Monate der Regierungspolitik des Bundes nicht so ganz verfolgt; man kann das ja manchmal vergessen. Insofern sind wir dafür da, Sie daran zu erinnern, dass Schritte aufeinanderfolgen müssen,

(Lachen von Fabian Schrupf [CDU])

und das passiert mit diesem Gesetzgebungsverfahren.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Deshalb: Wir begrüßen es. Ich sage herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit so weit und wünsche weiterhin gute Beratungen.

Ich darf dann, wenn Frau Präsidentin das Wort bitte weitergeben möchte, an die Kollegin übergeben. – Danke sehr.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Ja. – Jetzt spricht ebenso für die Landesregierung Frau Ministerin Neubaur.

Mona Neubaur (GRÜNE): Das sind Zeiten. – Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete aus den demokratischen Fraktionen! Der Ausbau der erneuerbaren Energien scheint uns wirklich wichtig zu sein, wenn meine wunderbare Kollegin Ina Scharrenbach und ich uns hier die Redezeit teilen. Wir empfinden den Gesetzentwurf der regierungstragenden Fraktionen als genau das richtige Signal zum Ende eines aufreibenden Jahres, eines Jahres voller Energieneöte.

Zum Jahresende jetzt den Knoten zu durchschlagen, das, was vielleicht in der Vergangenheit nicht ambitioniert genug angegangen wurde, Fesseln zu lösen, traut sich die Zukunftscoalition aus CDU und Grünen zu, nicht nur in einem schrittweisen Wegnehmen der pauschalen Mindestabstandsregeln, sondern mit einer Haltung – einer Haltung, die mehr ist als PR-Slogans, die vielleicht von anderen demokratischen Parteien an Redepulten gehalten werden, dass Freiheitsenergien die Lösung aller Probleme sind.

Regierungsarbeit heißt, konzentriert jeden Tag über die Grenzen der Ministerien hinweg miteinander zu ermöglichen, dass wir rechtssicher die Flächen zur Verfügung stellen können, die Wind und Sonne in Nordrhein-Westfalen mit der Zukunftscoalition erhalten sollen. Daran arbeiten wir in den Ministerien.

Es wurde von Kollegen in ihren Reden angekündigt, dass wir zum Jahresende noch mit einem Erlass zum Landesentwicklungsplan ermöglichen, auch auf Kalamitätsflächen und in Nadelholzgebieten Windräder aufstellen zu können. Bei Freiflächenphotovoltaik soll das von den Menschen gewünschte Potenzial endlich zu heben sein.

50 % der in Nordrhein-Westfalen erneuerbar erzeugten Energie ist heute schon Windenergie. 20.000 Beschäftigte leben von der Arbeit für die Zukunft, für eine klimaneutrale Energieversorgung. Wir wollen, dass da noch mehr gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen.

Wir arbeiten daran, dass diese Koalition ihr Versprechen wahr macht und das erste Land in der Bundesrepublik ist, das die Flächenziele aus dem Wind-an-Land-Gesetz rechtssicher umsetzt, sodass die, die ihr Geld einsetzen wollen und denen wir den Auftrag geben, das an die Bürgerinnen und Bürger weitergeben können, was an Wertschöpfung mit dem Ausbau von erneuerbaren Energien möglich ist.

Wir sind schließlich wer. Wir sind Energieland, und wir wollen das auch auf der Basis der erneuerbaren Energien bleiben. – Danke.

(Beifall von den GRÜNEN und der CDU)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank, Frau Ministerin Neubaur. Es liegt eine Kurzintervention des Abgeordneten Herrn Loose vor. Sie können auf diese gerne auch von Ihrem Sitzplatz aus eingehen. – Herr Loose, ich schalte Ihr Mikro frei.

Christian Loose^{*)} (AfD): Danke, Frau Präsidentin. – Frau Ministerin, Sie wollen jetzt also subventionierte Arbeitsplätze schaffen, während Sie gerade 120.000 nichtsubventionierte Arbeitsplätze in der Braunkohle vernichten wollen. Das ist schon ein starkes Stück, was Sie da machen.

Ich habe schon Ihren Kollegen nach dem Überschussstrom gefragt. Das steht auch hier in dem Antrag, den Sie so begrüßen. Können Sie uns mitteilen, wie viel Überschussstrom in NRW in diesem Jahr produziert wurde, wie häufig das war, wie viele Stunden das waren, welche Menge das ist? – Vielen Dank.

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Auch das wird schwesterlich geteilt, sehe ich gerade. Mein Bildschirm macht das mit der Schwesterlichkeit aber nicht mit. – Frau Ministerin Scharrenbach, Sie haben zuerst das Wort.

Ina Scharrenbach, Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung: Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In Nordrhein-Westfalen leiden wir weder an Verstopfung noch an unnötigen Überschüssen. – Das zum einen.

Zum anderen: Gerade der Ausbau der Windenergie und der erneuerbaren Energien wird maßgeblich dazu beitragen, dass die Bundesrepublik Deutschland, Nordrhein-Westfalen sowie insbesondere die Unternehmen und Bürgerinnen und Bürger unabhängiger von importiertem Strom werden. Das stärkt die Resilienz dieses Landes.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Frau Ministerin Neubaur, auch Sie können darauf reagieren. Ihr Mikro ist eingeschaltet.

Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: Wir als Zukunftscoalition erkennen die Zeichen der Zeit und machen Nordrhein-Westfalen in der Energieversorgung widerstandsfähig. Wir sorgen dafür, dass die preisgünstigste Form der Energieversorgung, nämlich die auf Basis von Erneuerbaren, von Wind und Sonne, dazu beiträgt, dass Bürgerinnen, Bürger und Unternehmen in Zukunft günstigen klimafreundlichen Strom,

günstige klimafreundliche Energie zur Verfügung haben.

(Beifall von der CDU und den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Berivan Aymaz: Vielen Dank. – Liebe Kolleginnen und Kollegen wir sind somit am Schluss der Aussprache und gehen über ...

(Alexander Vogt [SPD]: Vielleicht wollte ein anderer Minister auch noch antworten!)

– Das war nicht der Fall. Das haben wir hier schon im Blick.

Wir kommen somit zur Abstimmung, und zwar erstens über den Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2140. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/2140 an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Ich frage: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Keine Gegenstimmen. Es liegen auch keine Enthaltungen vor. Die **Überweisungsempfehlung wird angenommen.**

Zweitens stimmen wir über den Antrag der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 18/2141 ab. Der Ältestenrat empfiehlt die Überweisung des Antrags Drucksache 18/2141 an den Ausschuss für Bauen, Wohnen und Digitalisierung – federführend –, an den Ausschuss für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie sowie an den Ausschuss für Heimat und Kommunales. Die abschließende Beratung und Abstimmung sollen im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Ich frage auch hier: Wer stimmt der Überweisungsempfehlung zu? – Das sind die Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP, AfD und der fraktionslose Abgeordnete Dr. Blex. Wer stimmt dagegen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Wer enthält sich? – Es gibt auch keine Enthaltungen. Somit ist die **Überweisungsempfehlung angenommen.**

Ich rufe auf:

3 Die Landesregierung darf die Energiewende bei der Wasserstoff-Infrastruktur nicht ausbremsen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 18/2142

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD der Kollegin Inge Blask das Wort.

Inge Blask (SPD): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Dieser Plenartag steht ganz im Zeichen verpasster Chancen. Wir müssen hier und heute nachsitzen, weil die Landesregierung es verpasst hat, sich rechtzeitig und sorgfältig um einen vernünftigen und verfassungsgemäßen Haushalt zu kümmern.

Ähnlich sieht es leider beim Thema „Wasserstoff“ aus. Viel Gutes war in Ihrem Koalitionsvertrag zu lesen: Von Hochlauf, von Erschließen und Ermöglichen war da die Rede. Wasserstoff made in Nordrhein-Westfalen sollte es bald geben. Eine Wasserstoff-Roadmap und ein H2KMU-Förderprogramm sollten gute Entwicklungen flankieren.

Viele toll klingende Schlagworte und große Ankündigungen finden sich also auf dem Papier. Aber wie sieht es mit der Umsetzung aus? Die Landesregierung lässt das Vorzeigeprojekt HydroNet in Arnberg einfach fallen. Im schriftlichen Bericht versteckt sich die Ministerin hinter zu hohen Kosten, hinter Richtlinien und EU-Vorgaben. Sieht so die angekündigte Ermöglichungspolitik der Landesregierung aus?

Ich sehe für den dringend benötigten Hochlauf einer nordrhein-westfälischen Wasserstoffwirtschaft, für „H2 made in NRW“, wie Sie es nennen, ähnlich schwarz wie für das 1.000-Windräder-Ziel in Nordrhein-Westfalen.

Das alles können wir uns als Nordrhein-Westfalen nicht leisten, und das wird auch der Region Südwestfalen nachhaltig schaden. Die Ministerin scheint das anders zu sehen, wie sie im Interview mit der Westfalenpost nahelegt. Dort wurde ihr die Frage gestellt, ob Südwestfalen statt nur Schulterklopfen auch Hilfe brauche. Ihre Antwort spricht Bände: Die Zahlen sprächen dagegen. Der Weg, den Südwestfalen gehe, sei doch von Erfolg gekrönt. – Ich habe hier zitiert.

(Zuruf von der SPD)

Liebe Frau Neubaur, ja, Südwestfalen ist eine sehr starke Region, aber es wäre nun an der Zeit, die Unternehmen auf dem Weg, den Sie beschreiben, zu unterstützen, anstatt ihnen weitere Steine in den Weg zu legen.

Wie Sie vielleicht mitbekommen haben, haben wir in der Region mit dem Thema „A45“ und dem momentanen Verkehrschaos genug zu tun. Es ist eine Schande, die angesprochene Stärke dieser Region aufs Spiel zu setzen, wie die Landesregierung es gerade tut.